

Bezugspreis
Die Halle wiesstädtlich 2,50 M., bei
gewöhnlicher Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., auswärts Zustellung
gegenüber. Bestellungen werden von allen
Nachsendungsstellen angenommen.
Zur amtlichen Zeitungs-Zustellung
unter Nr. 6378 eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
Erscheinensort von 10^h bis 12^h Uhr.
Verantwortlich: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 178.

Saale-Beitung.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren
Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit
20 Pf. berechnet und in der Expedition,
von wem Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Bestellen die Zeile 75 Pf.
Ersteinst höchstens fünfmal;
Sonntags und Feiertagen einmal,
sonst je nach Inhalt.
(Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Nr. 254.

Halle a. d. Saale, Montag, den 3. Juni

1901.

Die morgige Ministerkonferenz.

Die Einberufung der morgigen zuunehmenden Ministerkonferenz zum Zwecke einer grundsätzlichen Aussprache über die Fragen des Zolltarifs hat der agrarischen Presse zu manchem Vorteil die Veranlassung gegeben. Eine richtige Auffassung dieser Veranlassung findet sich in unserer Zeitschrift, denn wenn man sich den bisherigen Verlauf der wirtschaftspolitischen Strömungen innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen vor Augen hält, zunächst vor man dem Ausdrucks des agrarischen Opposition gegenüber ziemlich zureichenden, die Perle der „Sammlung“ zeigte sich schon nach kurzer Zeit als ungenügend, um die Agrarier, als mitwirkend um die Aufschwümpfung zu befriedigen. Nach unter dem Eindruck des Sammlungsgebahrens ging man an die Einberufung des wirtschaftspolitischen Ausschusses, aber schon bei Bildung dieser Aussprache gerieth die Regierung unter Einfluß, mit denen sie nicht gerechnet hatte, und denen sie erlag. Es blieb ihr nichts übrig, und das war höchst vortheilhaft, als sich für die Einberufung der Sammlungen selbst positive Unterlagen zu schaffen. Das Reichsamt des Innern verlor den bisherigen ungenügenden Sachverhältnisse, um selbst ein Urfeld zu gewinnen. Es ist ein scheinbares Geheimnis, daß in der Rücksicht dieser Sachverhältnisse nicht immer glücklich verfahren wird. So gut wie man Personen citirte, die längst verstorben waren, ist man, natürlich unabsichtlich, auch einseitige Parteigänger des Reichsamt des Innern als gewisse Schweregeicht, so daß das Reichsamt, welchem die technische Verarbeitung des Tarifs oblag, in die zweite Reihe trat. Die Verfassung des Tariffsystems erlangten infolgedessen einen möglichen Einfluß selbst in den Fragen nicht, die zwar technischer Natur waren, aber doch grundsätzliche Bedeutung hatten. Dahn gehört die Frage des Doppeltarifs.

In anderen Fällen pflegt eine schwerwiegende Vorentscheidung von den jeweiligen Vortragenden Mächten auszugehen, denen der Minister in der Mehrheit die Hälfte seine Zustimmung gibt. Hier war das nicht der Fall. Das andere Amt und der aus ihm hervorgegangene Reichsminister verhielten sich abweisend, waren länger Zeit ohne genaue Kenntnis der Arbeitsergebnisse an den übrigen Arbeitsstellen und erst durch Vernehmung des Ministerialdirektors von Steuern aus dem Reichsamt „in die handelspolitische Abteilung des äußeren Amtes“ ward ein sachlicher Zusammenhang hergestellt.

Man ließen sich erst schlichten, dann immer beständiger die Landesregierungen vernehmen. Der damalige preussische Handelsminister war bisher ganz übergegangen worden. Die Meinung der Reichsämter gefiel im Bundesrat nicht. Man begann sich darauf, daß man eigene Interessen zu schützen habe, und erklärte, daß man sich alles vorbehalte. Früher war von einer solchen Theilnehmung der kleineren Regierungen an denartigen Arbeiten kaum die Rede gewesen. Ihr Veranlassen im gegenwärtigen Augenblicke besteht der Reichsamt aus großer Verlegenheit. Die Kanolverträge hatte ihn gezwungen, allerdings unbestimmte Verprechungen zu geben, bei seinen Staatsfesten fand er statt des ständigen Umlage; wahrscheinlich gegen den Agrarier Reichsamt zu machen, Abnehmen als Weltpolitik und Landesamt an entgegengelegten Standpunkte, Reichsamt ein unabweisbares Blatt. Die Ministerialstellen in Preußen brachte die gewöhnliche Erklärung nicht. Eine einfache Abstimmung im Bundesrat, wie sie die Agrarier forderten, war gefehlt, entsprach nicht dem Willen, war auch deshalb schwer herbeizuführen, weil man sich nicht einmal in der Ministerialkonferenz über die Vorlage einig war. Da zeigte sich der Mangel, die Einzelregierungen schon zur Schaffung dieser Vorlage heranzuziehen. Auch hier aber waren merkwürdigen Folgen möglich, wenn man sich für eine bestimmte Vorlage entschied. A deux mains an alle Einzelstaaten heranzutreten, war wohl kaum möglich. So berief man die leitenden Personen vorerst zu mündlicher Aussprache; bis dahin legte man sich nicht fest.

Die Veröffentlichung der Nachricht, daß die Positionen einen agrarischen Doppeltarif darstellen sollten, kam zur Unzeit mitten hinein. Eine Art Vorlage mußten von der Konferenz unterbreiten; der ihrer Veranlassung trat der Widerspruch in den Reichsämtern noch einmal heftig zu Tage, so deutlich, daß sogar die Öffentlichkeit darauf erfuhr. Was bedeutet nun dieser agrarische Doppeltarif? So ruft er einen Kompromiß der Reichsämter untereinander dar. Material aber ist er ein Kapitulationsangebot an die Agrarier. Wird er Geheiß, so sind seine Agrarische garantiert. Aber nun sollen erst die Teilnehmer der Konferenz von 4. Juni über die Frage sprechen. In der Konferenz wird nicht nach Stimmenzahl entschieden werden, wie im Bundesrat, es wird keine Majorität vorliegen, sondern man wird Gründe hören, Ansichten präzisieren und Persönlichkeiten auf sich wirken lassen. Neben wird auf die übrigen Ständer weitgehende Rücksicht genommen müssen. Denn hier stehen höhere Interessen an dem ständigen Grundbesitz, wie das Einkommen des ständigen Nationalpolitikers wird von den Einzelstaaten, soweit sie es ist daher nicht nur zu wünschen, sondern sogar zu erfordern, Quellen vollständiger und ausführender Ministerkonferenz zu verweigern und sachlicher Rücksicht im Landesamt konferenz von 4. Juni sich dahin resolved: „Bundesverträge sind nötig und unbedingt anzuzuführen.“

Wie weit sich mit ihnen die agrarischen Wünsche vertragen, bleibt abzuwarten.“
Die Parole, welche von den Befürwortern des agrarischen Minimaltarifs ausgehen ist, lautet zwar: „Den agrarischen Wünschen ist die Erfüllung gesetzlich zu garantieren. Wie weit sich damit der Abschluß von Handelsverträgen ermöglichen läßt, ist gleichgültig.“ Doch diese Parole nach einer verhängnisvollen Richtung hinweist, ist für den wachstums nationaler Politiker außer Zweifel. —

Deutsches Reich.

Gef. und Personalangelegenheiten.

* Die Königin Wilhelmina und Prinz Heinrich der Niederlande sind am Sonnabend nachmittag kurz nach 5 Uhr von Berlin wieder nach Koblenz nach Weidenburg-Schweigen abgereist. Zur Verabschiedung waren am Bahnhof anwesend der Kaiser und der Kaiserin, der Kronprinz, Prinz und Prinzessin Friedrich Ludwig, ferner die Herzogin von Alban, Prinzessin Alice von Großbritannien, der Herzog von Koburg, Prinz und Prinzessin Ernst von Sachsen-Altenburg, die Landesherren von Mecklenburg und die Mitglieder der holländischen Gesandtschaft. Königin Wilhelmina und Prinz Heinrich verabschiedeten sich vom Kaiser und der Kaiserin auf das herzlichste. Unter den Beileidbesuchungen, die anlässlich des Ablebens des Grafen Wismar in Königs einhingen, befinden sich solche vom Kaiser und der Kaiserin, vom Kaiser von Oesterreich und Könige von England. — Die Weibliche deutsche Kaiserin Wilhelmina an die Gräfin Wilhelmine Wismar lautete, dem „Berl. Vor-Anz.“ zufolge:

„Ich bin tief erkrankt durch Ihre mit soeben eingehende Trauerkunde und die Ihnen meine aufrichtigste Theilnahme auszusprechen. Der Verlust an der Wismar-Grafin aus gegenwärtiger Wismarkeit, wenige Tage vor der Feier Ihres großen Vaters aus diesem Leben entrissen zu sehen, betrifft mich sehr. Seine Würdigkeit, seine edelverehelichte Bestimmung, sein vornehmer Charakter haben dem Deutschen Reich mit mir ein treues und dankbares Gedächtnis.“

* Prinz Albert von Preußen hat sich gestern von Blankenburg am Nordsee nach Berlin begeben.

* König Christian von Dänemark und sein Bruder Prinz Hans zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg sind am Sonnabend in Wiesbaden eingetroffen.

* Die französische Gatte des Kaisers, der von ihm so sehr ausgezeichnete Generalmajor Donna und sein militärischer Begleiter, Oberleutnant Gallet, verließen gestern mittag Berlin, um von Bonn aus eine Abreise zu unternehmen und dann in ihre Heimat zurückzukehren. Schon am Sonnabend hatte sich der Kaiser in überaus liebenswürdiger Weise von ihnen verabschiedet und ihnen unter herzlichem Handdruck eine glückliche Reise gewünscht.

* Der württembergische Ministerpräsident Dr. von Preitling ist am Sonnabend nach Berlin abgereist, um sich dem Kaiser vorzustellen.

Sachverständige zur Begutachtung des Zolltarifs in den Eisenbahnen.

Die der Saale-Beitung in der vorigen Woche übermittelte Nachricht, daß die kaiserliche Regierung die wirtschaftspolitischen Sachverständigen der Sozialisten im Rangschußungsbereich von Sachverständigen zur Begutachtung des neuen Zolltarifs ernannt habe, scheint dem agrarischen Hauptorgan, der „Deutschen Tageszeitung“ in Berlin, schwer auf die Nerven gefallen zu sein, denn sie weicht sich mit Händen und Füßen gegen eine solche Begutachtung. So schrieb sie dieser Tage:

„Wie aus verschiedenen Berichten hervorzuheben scheint, ist den einzelstaatlichen Regierungen neuerdings mitgeteilt worden, daß ihnen die Aufgabe zur Neuverteilung des Zolltarifs demnach zur Begutachtung zugehen würden. Doch dies geschieht, dagegen wird kaum etwas einzuwenden sein. Wohl aber muß darauf geachtet werden, daß die Angelegenheit vollkommen geheim gehalten werde. Insbesondere muß dafür Sorge getragen werden, daß nicht einzelne Positionen auf dem Hinterbühnenwege bekannt werden. Ob das möglich sein werde, wenn man jetzt schon leitend der Einzelstaaten Sachverständige in den Vorbereitungen zuzieht, erscheint uns außerordentlich fraglich. Wir halten die Aufgabe an sich auch absolut nicht für erforderlich. Der wirtschaftspolitische Ausschuss hat seine Arbeit selbstig und ausgiebig verrichtet. Die Sachverständigen, die das Bedürfnis haben, ihre Meinung zur Geltung zu bringen, haben dazu noch genügend Gelegenheit, wenn der Zolltarif von Reichsamt des Innern zu dem Reichsamt des äußeren Amtes fester Monate dauern, und die Einwirkung der Sachverständigen ist dann viel leichter und eventuell erfolgreicher als jetzt.“

Da ist es nun ganz interessant, zu erfahren, wie einer, der dabei gewesen ist, über die „Reichsamt und ausgiebige Arbeit“ des wirtschaftspolitischen Ausschusses urtheilt, wenngleich so weit die Industrie dabei in Frage gekommen ist. In gemeinschaftlichen Landtage der Herzogin von Koburg und Wolha hatte der Abgeordnete Cullinger-Stobung den Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle die bezugsliche Staatsregierung erziehen, nach Einlangen des neuen Zolltarifs zur Begutachtung der Zollfrage für die in den Sozialistischen Reichsamt und Wolha Landtage in Betracht kommenden Sachverständigen einzusetzen.“ Sachverständige aus den Kreisen dieser Industrie bezugslos, und diesen Antrag konnte sachlich mit der für die Bezugslos, Krebs- und Eisenwaren-Industrie sehr unglücklichen Zustimmung des wirtschaftspolitischen Ausschusses“ begründet. Nach dem Ministerialbescheid nahm das Wort der Abgeordnete Kroll, welcher einer bedeutenden Anzahl gelebter Wippen in Preußen hat Koburg, und erklärte, daß er die Gründe, aus denen dieser Antrag eingebracht worden sei, recht wohl verstehe. Daraus sei, daß in dem wirtschaftspolitischen Ausschuss“ eine große Anzahl nicht zu unterschätzender Sachverständiger sitzen, hauptsächlich die Eisenbahn- und Großindustrie. Dann fuhr der Redner fort:

„Daß die Interessen unserer im Lande ansässigen Industrie, von dieser Seite aus wenig Förderung erfahren werden

unterliegt für mich kaum einem Zweifel. Es wurden ja nun auch bereits allen Industriellen Sachverständige gewählt, die diesem wirtschaftspolitischen Ausschuss“ und vor allem dem Reichsamt des Innern als Experten dienen sollten und ja auch dienen. Für die Eisenwaren-Industrie des Koburger Landes wurde ich von der Handelskammer als Sachverständiger bezug. Experte bestellt und bin auch in dieser Eigenschaft in Berlin im Reichsamt des Innern bzw. im wirtschaftspolitischen Ausschuss“ thätig gewesen. Jeder kann ich Ihnen über den Verlauf dieser Verhandlungen keine Mittheilungen machen, wurde mich doch von dem Vertreter der Reichsregierung strengstes Stillschweigen anverlangt. Der Entwurf zum Zolltarif liegt ja längst vor, er zerfällt in 17 Abschnitte mit 1865 Nummern. Der erste und nicht geringste Abschnitt nimmt die Landwirtschaft ein. Den Antrag Dringender hätte ich jedoch trotz des bereits eingehenden Vortrages für gut und zweckdienlich, ergibt hoch dadurch unsere Staatsobermacht und vor allem unser Bundesrat hätte sich der Sache nicht angeschlossen. Ein solches Bild über die Bedeutung der handelspolitischen Industrie in unserer Herzogthümern und kann jedenfalls erfolgreicher im Bundesrat sich Verwirklichung unserer Industrie bei Wählung der Bundesräthe eintreten.“

Der Antrag war insoweit von agrarischer Seite auch auf Zustimmung der Sachverständigen aus den Kreisen der Landwirtschaft abgesehen worden, und wurde in dieser erweiterten Form angenommen, nachdem Staatsminister Prentz ebenfalls sein Einverständnis erklärt hatte. Es kann die Regierung nur angehen sein, wenn sie über Industrie und Landwirtschaft im Lande aufklärt werde. Die Gehaltung der Verhandlungen im wirtschaftspolitischen Ausschuss“ sei mit Rücksicht auf das Ausland erfolgt, dieser Grund liege aber für uns nicht vor. Der Antrag wurde denn auch mit der Erweiterung auf die Landwirtschaft einstimmig angenommen, und das Staatsministerium hat sich bereit, ihn anzunehmen, wie bereits gemeldet. In richtiger Erkenntnis der speziellen kaiserlich-agrarischen Verhältnisse wünschte das Staatsministerium für die Landwirtschaft die Ansichten kleinere selbständiger Landwirthe kennen zu lernen, während für die Industrie ausdrücklich solche Sachverständige gewünscht wurden, die selbst exportieren.“

Die Ansichten der Getreideerzeugung.

In der konfessions-agrarischen Presse hat die noch vor wenigen Wochen ostentativ zur Schau getragene zweifelhafte Stimmung mit der man in diesem Organ der sozialistischen Einflüsse entgegenstand, sehr bald einer auffälligen Kühlung und reflektirten Aufhebung Platz gemacht. Welche Bedeutung in Wirklichkeit der großen Majorität, die angeblich im Reichsamt hinter den schicksalhaften Parteien steht, beizumessen ist, hat ja die letzte Reichsamtbesprechung vom 15. Mai zur Evidenz bewiesen, wo trotz der größten Anwesenheit der agrarischen Einflüsse 70 bis 80 Mitglieder der „Majorität“ der Reichsamt besaßen. Die etwas gebückte Stimmung der Herren ist daher sehr erklärlich. Auch in den Kreisen der Sozialdemokratie, deren Spitzengänger bisher vielleicht mehr aus politischen Gründen die Stärke der Agrarier im Reichsamt überschätzte, mocht sich jetzt in verstärkter Weise die Auffassung geltend, daß die antagrarischen Parteien nicht die geringste Veranlassung haben, etwa die Spitze ins Korn zu werfen. In dem Zusammenhange der „sozialistischen Monatshefte“ bezieht der Abg. Auer die Ansichten der Getreideerzeugung und gelangt dabei zu der gleichen Anschauung, wie wir sie mehrfach vertreten haben. Auch Auer ist der Meinung:

„Daß durch die Vorgänge am 15. Mai im Reichsamt, sowie durch manch anderen Ereignis der letzten Zeit, — wozu auch die Beschlüsse in der Reichsamt vom 15. Mai gehören — und der sehr unerschütterlichen Abgange des Herrn Dr. Müller zu rechnen ist — sehr viel Wasser in den Wein, besonders der Agrarier, geschüttet worden ist. Nach und nach hat die Erkenntnis der unbilligen Willkür, die ein vollständiges Ansehen der Reichsamt für die Zwecke der Sozialdemokratie und Landwirthe im Reichsamt wurde, immer mehrere Kreise ergriffen, und das Fortleben der 70-80 Mitglieder am 15. Mai möchte ich als ein recht charakteristisches Zeichen von der sich vollziehenden Umlagerung denken.“

Die Dinge stehen heute so, daß die Gegner der geplanten schweren Reichsamtbeschlüsse durch neue oder neuzeitlich zu erwerbende Lebensmittelschiffe gar keinen Anlaß haben, an dem schicksalhaften Erfolge ihres Widerstandes zu bezweifeln.“

Zum Schluß stellt Auer in Aussicht, daß im Laufe des Sommer und Herbstes leitend der Sozialdemokratie eine Petitionsbewegung gegen den Wortführer durch ganz Deutschland in Scene gesetzt werden würde, deren Ergebnis in jedem Fall, was an der Bekämpfung der Agrarier ist: die große Mehrheit des deutschen Volkes verlange eine erhebliche Steigerung der Korn- und Lebensmittelpreise! — Auch von Seiten der liberalen Parteien wird, wie wir zuversichtlich erwarten dürfen, die nachdrückliche Bekämpfung der agrarischen Propaganda, die mit dem Hofbuche in Großwald-Grümmen schon einen so erfreulichen positiven Erfolg erzielt hat, mit aller Kraft fortgesetzt werden.

Politisches.

* Mit der inneren Politik im Reich sieht es gar so sonderbar und widerwärtig aus. Der Reichsamt hat, so frivole die „Freil. Bl.“ aus, die Einwirkung von Diktator in die Reichsamtbeschlüsse für belanglos wenig; aber der Kaiser ist persönlich entgegengelegter Meinung. Ingefallt erachtet der Kaiser die Aufklärung des Abgeordnetenhauses im Interesse des endlichen Zustandekommens der Reichsamtbeschlüsse gar geboten, aber der Graf Bülow ist entgegengelegter Meinung und beruft sich auf seine verantwortliche Stellung. Der neue Handelsminister Müller hat schon begonnen, den Spuren des Herrn v. Müller zu folgen und die ostpreussischen Jüter unter seine Protektion zu nehmen. Gegen eine Auflösung des Abgeordnetenhauses eifert unter seinen Kollegen gerade Herr Müller im Gegenstoß zu der national-liberalen Parteileitung. Herr Müller kämpft noch immer für „Sammelpolitik“ trotz des schicksalhaften Plastes, daß viele Politik

